

# F | O | R | U | M

NACHRICHTEN UND HINTERGRUNDINFORMATIONEN

**FORUM fordert unbedingt Erhalt des Baudenkmals**

## Stadtrat gibt denkmalgeschützten Racklau-Silo auf



Das schöne Detail des Jugendstil-schwanes und die filigrane Belichtungskuppel zeigen die architektonische Qualität des gefährdeten Baudenkmals Racklau-Silo. (Fotos: Zieske)

Jetzt ist es also heraus: die Hafenverwaltung Regensburg gibt zu, daß ein Umschlaghafen in Passau am alten Winterhafen in der Racklau ungünstig und nur schwer realisierbar ist. Sie will nun doch das Gelände am RoRo-Hafen in Schalding nutzen. Vorher mußte aber noch der Typenspeicher von 1943 abgerissen werden. Jetzt stehen als letzte Reste der markanten Silhouette der alte Silo und die Lagerhallen - die das FORUM in die Denkmalliste aufnehmen ließ - auf der künstlich geschaffenen Landzunge zwischen dem Fluß und dem Hafenbecken. Wie lange noch? Aufgrund des schlechten Bauzustandes und einer nicht geklärten Nutzung stimmte der Bauausschuß mit 7 zu 6 Stimmen einem Abriß zu. Noch bröckelt das Industriedenkmal des Silos vor sich hin, das damals sorgfältig und ästhetisch bis ins Detail gebaut wurde. Auch die Lagerhallen mit ihrer in unserer Gegend erstmals entwickelten Eisenkonstruktion für eine Flugzeugwerft, die hierher übertragen wurde, rosten und rosten. Vorschläge für eine Nutzung und auch entsprechende Pläne sind aber bereits mehrfach gemacht worden: vom Bootshafen bis zur Anlegestelle für Rundfahrtschiffe, über Theater-

und Musikhalle bis zur Hotel- und Wohn(heim)nutzung. Es wäre zu schade, wenn das Gelände nur zum Omnibusparkplatz verkommen würde. Ist doch die Lage am Flußufer mit Blick auf die Stadt so einmalig wie die Verkehrsanbindung über Straße und Wasser.

Ähnlich dem mittelalterlichen "Leprosenhaus" in der Innstadt gibt man aus kurzfristigen Überlegungen ein Baudenkmal auf, das prägend für das Stadtbild und architektonisch einmalig ist. Irgendwann in nicht allzuferner Zukunft wird an dieser Stelle der Hafenbetrieb beendet sein. Dann gibt es kein Zeugnis mehr, das auf die alte Hafentradition der Flußstadt Passau verweist. In anderen Städten sind solche Gebäude längst vielbestaunte Attraktionen, werden für extravagantes Wohnen und Kultur genützt. In Passau werden sie endgültig zerstört. Aber wahrscheinlich glaubt man an verantwortlicher Stelle, mit dem "Möbelgiganten" Hiendl bereits eine neue städtebauliche Dominante geschaffen zu haben... Das FORUM bittet die Stadt, den Beschluß noch einmal zu überdenken und von der Landeshafenverwaltung die Bestands-sicherung zu fordern. Zi/fb

**Schildbürgerstreich im Sanierungsgebiet Höllgasse**

## Günstige Mieten - aber sündteure Heizung

Vorzeitig aus dem Mietvertrag entließ der sonst so gestrenge Chef der Wohnungsaufbau Passau, Klaus Rebstein, die Mieterin eines der sanierten Läden in der Höllgasse. Der war nach der ersten Heizungsabschlagsforderung der Stadtwerke vor Schreck beinahe das Herz stehen geblieben: Die Heizung für den kleinen Laden kostet monatlich 800 DM! Da helfen auch die moderaten Mieten und die städtischen

Zuschüsse nichts mehr: "Monatliche Kosten von weit über 1000 Mark sind in dieser Lage ruinös, das kann sich in der Höllgasse keiner leisten!" argumentiert die junge Frau. Der Grund der horrenden Heizungskosten sind wohl planerische Mängel, die einen Einbau teurer Stromheizungen zur Folge hatten; diese dürfen außerdem nicht mit Gewerbestrom betrieben werden. Damit ist die vom FORUM so begrüßte Akti-

vierung der Infrastruktur im Sanierungsgebiet wohl erst einmal gescheitert. Die Stadt und die Wohnungsaufbau sind gefordert, hier schnellstens Abhilfe zu schaffen. Ohne Läden verliert die Höllgasse einen Teil ihrer Attraktivität. Dann hätte man sich auch die (vor)eilig angebrachten Wegweiser "Kunst und Handwerk" sparen können...

## STADT UNTER?

Dr. Konrad Weckerle von der Rhein-Main-Donau AG ist ein eloquenter Vertreter der Interessen seiner Arbeitgeber. So eloquent, daß man nach seinen Ausführungen durchaus geneigt ist zu glauben, das Wohl Passaus und ganz Niederbayerns hänge von dem umstrittenen Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen ab. Dabei bleiben Fragen offen, von deren Beantwortung das Wohl Passaus in weit stärkerer Weise betroffen ist.

So spricht Herr Weckerle von jährlich 500 000 LKW, die Passau überfluten werden, wenn der Fluß nicht ausgebaut wird. Die Landeshafenverwaltung hingegen argumentiert, bei einem Nichtausbau werde Passau zu einem Leichterungshafen; zusätzlicher Verkehr: keiner.

Überflutung droht Passau aber möglicherweise auf die "klassische" Art. Bis jetzt wird um den heißen Brei herumgeredet, ob die Kanalisierung der Donau nicht eine dramatische Verschlechterung der Hochwassersituation in Passau zur Folge hat. Die natürlichen "Pufferzonen" fallen dann weitgehend aus. Und schon jetzt merkt man die Folgen der Versiegelung der Natur und der Kanalisierung Passau: Die Pegel steigen bei längeren Regenfällen schneller, kleinere Hochwasser sind häufiger. Betroffen ist das weltbedeutende Stadtensemble zwischen Inn und Donau, der historische Stadtkern. Da verwundert es schon, daß nicht die Stadträte geschlossen eine absolut hieb- und stichfeste Erklärung fordern, daß diese Flutkatastrophen nicht verstärkt eintreten können. Und wenn es die nicht gibt, muß Passau den Ausbau mit aller Macht verhindern. Hier geht es wirklich in existentiellen Maße um das Wohl der Stadt und ihrer Bürger. Und nebenbei: die aktuelle Verkehrsüberflutung Passaus ist sattem bekannt. Wenn Politiker dann wagen, im Rahmen des Donauausbaus auch noch ein Frachtzentrum (!) als unbedingt wünschenswert für Passau zu fordern, dann hält nicht nur das FORUM dies für eine Frechheit. Man fragt sich dann doch, welchen Interessen hier das Wohl aller so leicht und leichtfertig geopfert wird? Zur Zeit gehen tatsächlich Verantwortungsbewußtsein und politische Moral vieler Mandatsträger den Bach hinunter...

Friedrich Brunner

### IMPRESSUM:

FORUM Passau e.V.  
G. Bosanyi, F. Brunner, P. Zieske  
Schrönghammerweg 19  
94036 Passau

### Der Fall Pfaffengasse 7:

## Wie Sanierung zur Zerstörung wird

Einzigartiges Renaissanceportal mit dem Sandstrahler "gereinigt".

Das "Ingenieurbüro Haus" in München war im Juni/Juli 1992 telefonisch schwer zu erreichen. Vielleicht mangelte es an Personal. Ingenieur Georg Haus selber jedenfalls war über Wochen damit beschäftigt, eigenhändig mitzuhelfen, das Haus seiner Partnerin Margot Poschenrieder in der Pfaffengasse 7 in Passau instandzusetzen. Diese hatte das denkmalgeschützte Haus gekauft, um "nicht nur für das Finanzamt zu arbeiten". Daß sie sich dabei ihrer denkmalpflegerischen Verantwortung wohl nicht bewußt war, wurde schnell deutlich.

Die den Nachbarn vorgelegten Renovierungspläne sahen keinen Dachgeschoßausbau vor. Auf diesbezügliche Fragen wurde mit Nachdruck versichert, dies sei auch unter keinen Umständen geplant. Umso erstaunter waren dann sowohl die Nachbarn als auch die zuständigen Stellen der Verwaltung, als kurz darauf ohne Genehmigung in dem Einzeldenkmal der historische Dachstuhl entfernt, das Dach angehoben und ausgebaut wurde. Baueinstellungen wurden ignoriert; Zusagen, die man dem Landesamt für Denkmalpflege gemacht hatte, wurden nicht eingehalten. "Wer in Passau eine Bau-



Das Renaissanceportal der Pfaffengasse 7 zählt zu den schönsten Portalen der Altstadt. Durch eine Sandstrahlung wurde unter anderem die hier noch erkennbare polierte Oberfläche des Steins zerstört.

genehmigung einholt, ist selber schuld". Daß ein neuer Rinnenkessel nur 20 Zentimeter vor dem Nachbarfenster dieses nun vollständig (!) verdeckt, sei hier nur am Rande erwähnt. Wohl wissend, daß man das Dachgeschoß schwarz ausgebaut hatte, schaltete die Bauherrin einen Stadtrat ein, bei dem sie sich über die "Schikanen" der Verwaltung und des Landesamtes für Denkmalpflege beschwerte. Doch eine Ortsbesichtigung brachte nur einen weiteren denkmalpflegerischen Frevel zu Tage: Das einzigartige Renaissanceportal aus rotem Agneter-Marmor war durch eine Sandstrahlung zerstört worden. Die Bauherrin wies die Schuld daran dem Unternehmer zu, der wiederum einen Subunternehmer beauftragt hatte. Und dieser habe, nachdem das Haus versperrt gewesen sei, irrtümlich statt ein Gewölbe sandzustrahlen - eine ebenso unsinnige Maßnahme! - einfach damit begonnen, das Portal zu bearbeiten. Bedauerlich, aber... Der unglückselige Arbeiter seinerseits will den Auftrag von Herrn Haus persönlich erhalten haben. Nachbarn, die sich in Leserbriefen an die Passauer Neue Presse über unzumutbare Bedingungen auf der Baustelle beschwerten - zum Beispiel, daß oft erst um 17 Uhr mit der Arbeit begonnen wurde, die dann aber bis spät in die Nacht andauerte, oder daß Abbruchstücke ohne Warnung auf die Straße geworfen wurden - versuchte man durch Schreiben eines Rechtsanwaltes einzuschüchtern. Der letzte Stand der Dinge: Der vollzogene Dachgeschoßausbau wurde nachträglich vom Bauausschuß genehmigt. Die unterlassenen Brandschutzmaßnahmen müssen noch eingebaut werden. Der Rinnenkessel ist zu entfernen. Der Bauherrin Poschenrieder wurde ein Ordnungsgeld auferlegt. Das Portal muß sie durch Fachfirmen wieder in einen Zustand versetzen, der dem ursprünglichen ähnelt. Die einstige originale Qualität des Portals ist aber unwiederbringlich zerstört.

Bis jetzt ist von diesen für das Wohl der Passauer Altstadt unabdingbaren Maßnahmen noch keine ausgeführt. Nach anfangs (allzu) eifriger Tätigkeit gammelte die Baustelle lange vor sich hin, ein Schandfleck in den Augen von Anwohnern und Touristen. Erst vor kurzem war wieder Bautätigkeit festzustellen. Traditionsgemäß zu ungewöhnlicher Zeit: am Freitag nachmittag... bg

## Lex Hiendl - oder die Entmündigung des Bauausschusses

**Da steht er nun, der Einkaufspalast, Möbelgigant, Deutschlands schönster Hochbunker, protzig beherrschend, unübersehbar! Über Geschmack läßt sich vorzüglich streiten, und so soll sich jeder sein eigenes Urteil über das Bauwerk bilden, das, so ein Stadtrat, "unser Oberhaus zur fürstlichen Villa degradiert".**

Mancher Bürger fragt sich aber zu Recht, wie so ein Monumentalbau mit erheblichen Eingriffen in das natürliche Gelände an solch exponierter Stelle ohne Schwierigkeiten entstehen konnte. Die Antwort ist höchst einfach: Unter Anwendung der bewährten und erprobten Salamatik.

Zuerst reicht man einen Minimalplan ein, dem alle zustimmen können. Dann bittet man um die Aufschüttung des letzten unbebauten Donauhanges, den zu erhalten sich die Anwohner zum Ziel gesetzt hatten. Wohin denn sonst mit ca. 30000 cbm Erdaushub für den Neubau? Außerdem, so der Tenor der Verwaltung, sei es städtebaulich von Vorteil, wenn die erhöhte Hangkante die Gebäude niedriger erscheinen läßt. Auf der Aufschüttung kann man dann auch noch Autostellplätze schaffen. Nur, dafür müßte der Flächennutzungsplan geändert werden. Dazu gibt der Bauausschuß erst einmal eine provisorische Erlaubnis. In der Bauphase bereitet die Abgrabung des Geländes um drei Meter, immerhin ca. 7000 cbm Erdaushub, größere Schwierigkeiten. Zwar ist das Problem schon vor Baubeginn bekannt, aber die Durchsetzung hätte Ärger einbringen können. Hier hilft nur ein Schwarzbau. Kurz vor Vollendung des Neubaus reicht man dann die Tektur ein, und drei Monate nach Eröffnung der Verkaufsräume und Fertigstellung der Außenanlagen, darf der Bauausschuß darüber abstimmen, ob das Gelände, (sehr gut getarnt in der Formulierung "Ab-

graben des Geländes auf 317 m ü. NN") verändert werden darf. Kommentar eines überraschten Stadtrates: "Da können wir ja nur noch zustimmen. Es ist ja alles schon fertig." Ein Teil des Donauhanges ist damit für immer verschwunden.

Jetzt kann man darangehen, um Erweiterung des bestehenden Gebäudes zu ersuchen: Aufstockung um ein Geschoß. Dies entspricht zwar nicht dem Bebauungsplan, aber um dem Gebäudekomplex den Eindruck eines "Ensembles" zu geben, stimmt der Bauausschuß diesem Bauantrag zu, fordert für die neue Verkaufsfläche klugerweise aber eine Tiefgarage.

Der "Möbelgigant" hat sich inzwischen ein neues Problem geschaffen. Entgegen den Eingabeplänen baute er ohne Genehmigung eine Ringstraße, die mit ca. 2400 qm außerhalb des Bebauungsplanes liegt, und senkte dazu noch das Geländeniveau um drei Meter ab. Damit ist ein weiterer Teil des Hanges ein für allemal verschwunden. Acht Monate läuft der Verkehr schon auf der Straße, dann erst ist wiederum die Entscheidung des Bauausschusses gefragt. Um Verständnis für seinen Schwarzbau werbend, gaukelt der Antragsteller vor, täglich 16000 (!!) Fahrzeuge zu erwarten. Das ruft den Umwelt- und Naturschutz auf den Plan. Er fordert in der Beschlüßvorlage ein Lärmgutachten und Ersatz für die über den Bebauungsplan hinausgehende Fläche auf der Aufschüttung. Offensichtlich will das Amt mit dieser Auflage verhindern, daß der restliche Hang für Stellplätze geopfert wird.

Das Lärmgutachten reduziert die Zahl der Autos von stolzen 16000 auf bescheidenere 2600, und im Baubescheid verschwindet die Forderung der Ersatzfläche gänzlich - ein Schuft wer schlechtes dabei denkt! Der mißtrauische Anwohner vermutet, daß die Möbelfirma eigent-

lich unnötige Parkplätze unbedingt auf der Aufschüttung errichten will - durch die Tiefgarage werden aber bereits mehr als von der Stadt gefordert erstellt. Schließlich hat der Bauherr ja - entgegen den Auflagen und, wen wundert es, ohne Baugenehmigung - das Gelände in weiser Voraussicht von allem Anfang an terrassiert und kanalisiert. Man will ja schließlich dem Ausschuß bei der Entscheidungsfindung mit vollendeten Tatsachen dienen. Und man hat gedient!

Im dritten Anlauf wurde die negative Entscheidung des Bauausschusses ins Plenum gebracht - und wurde (völlig überraschend?) - genehmigt. Wer nun glaubt, die Möbelfirma hätte mit unternehmerischem Risiko die Schwarzbauten auf eigene Faust unternommen, liegt schief. Nein nein, alle Maßnahmen waren selbstverständlich vorher mit der Verwaltung abgesprochen. Und die hat in vorauseilender Ahnung der Abstimmung des Bauausschusses schon mal die mündliche Genehmigung erteilt.

Lieber Leser, werfen Sie nun bitte keine faulen Eier auf die Mitglieder des Bauausschusses. Ihnen ist in der Schwarzbauaffäre nichts anzulasten. Sie wurden genauso wie der Verfasser von den geschaffenen Tatsachen total überrascht. Sie haben in der örtlichen Presse nichts über die Schwarzbauten gelesen? Konnten Sie auch nicht! Es stand ja auch nichts drin. Aber sollte ein Stadtrat auch nur einen Quadratmeter seines Hauses ohne Genehmigung verändern... Die Hölle!!!

Und so steht er nun, der Einkaufspalast, protzig und strahlend weiß. Und nicht zur Nachahmung empfohlen!

## B 12 Nord - Gedanken eines Anwohners zu einem lauten Thema

Wenn man als noch relativ entfernter Anlieger der Bundesstraße 12 Samstagmittag auf der Gartenterrasse sitzt, dann kommen einem als Zuhörer des Motorrad-Grand-Prix-Rennens der 500-ccm-Klasse so seine Gedanken über die Passauer Verkehrssituation. Weitergeführt werden können solche Gedanken an Sonntagabenden, wenn ab 22 Uhr wieder der Schwerlastverkehr ins Rollen kommt, wenn sich an der tschechischen Grenze der Lastwagenstau auflösen beginnt, und die Nacht hindurch ein Laster nach dem anderen mit quietschenden Bremsen die B 12 stadteinwärts fährt, mit dröhnendem Motor Laster um Laster die B 12 stadtauswärts kriecht. Verstärkt werden die Gedanken dann an Werktagen durch die kaum mehr unterbrochene Schlange von PKW, vor allem zu den Stoßzeiten. Mit Lebensqualität, Wohnen am ruhigen Stadtrand kann diese Situation nicht mehr bezeichnet werden.

Tatsache bleibt, daß der Verkehr auf der B 12 Richtung Bayerischer Wald, Richtung tschechische Grenze in einem nicht vorherzusehendem Maße zugenommen hat. Da ist eben einmal die allgemeine Steigerung der Motorisierung, dazu kommt der Ausbau neuer Siedlungsgebiete in den nördlich von Passau liegenden Gemeinden, dazu kommt der wachsende Urlauberverkehr. Vor allem aber hat die Grenzöffnung nach 1990 gerade den Schwerlastverkehr überproportional anstei-

gen lassen. Gerade der Schwerlastverkehr aber ist die Hauptquelle für den gesundheitsschädigenden Straßenlärm.

Da aber niemand eine Schließung der Grenzen will, jeder auf einen wirtschaftlichen Aufschwung unserer Nachbarstaaten hofft, werden also Schwerlastverkehr und Lärmbelastigung weiter zunehmen.

Neben langfristigen Verbesserungen wären einige Sofortmaßnahmen mit relativ kleinem finanziellem Einsatz zu erwägen und baldmöglichst umzusetzen. Zunächst sollte die Geschwindigkeitsbegrenzung bis zum Knoten Kastenreuth auf 60 km/h festgesetzt werden. Das würde die Raser unter den Personenkraftwagen, würde vor allem die Motorradfahrer treffen, natürlich nur unter der Bedingung, daß diese Geschwindigkeitsbegrenzung auch rigoros überwacht wird. Der zweite Schritt, den die Stadt Passau und das Straßenbauamt tun müssen, ist die Errichtung von Lärmschutzwänden entlang der B 12. Natürlich bringt das Kosten, aber die Anwohner haben ein Recht auf diese Maßnahmen, was inzwischen auch von offizieller Seite zugegeben wurde. Die entscheidende Maßnahme aber wäre, den weiter steigenden Schwerlastverkehr um Passau herumzuführen, was ja nicht nur eine Entlastung der Anwohner der B 12 Nord brächte; auch die Anwohner des Angers und der Neuburger Straße profitierten davon. Um den Ausbau des - aller-

dings als Landkreisprestigeobjekt zu weit von Passau entfernten - Autobahnzubringers von Hutthurm zur Anschlußstelle Aicha vorm Wald kommt man nicht herum. Jede Verzögerung ist eine Bestrafung der Anwohner.

Daneben wird immer wieder die Verlagerung des Schwerlastverkehrs auf die Schiene ins Gespräch gebracht. Sicher, dieser Gedanke ist im Prinzip richtig. Aber wo ist in unserem Gebiet die "Schiene", eine aufnehme- hige, grenzüberschreitende Eisenbahnstrecke? Die Linie Passau - Waldkirchen - Haidmühle - Prachatitz/ Budweis ist zu Beginn unseres Jahrhunderts als bayerische Nebenbahn mit großen Steigungen, engen Kurven, schmalen Tunnelquerschnitten errichtet worden. Heute ist sie z.T. abgebaut, z.T. in einem miserablen Zustand, vor allem auf der tschechischen Seite. Diese Bahn müßte, um den Huckepackverkehr für Schwerlastwagen zu ermöglichen, teilweise neu trassiert, erweitert werden, mit beträchtlichen Kosten. Das aber sind auch Baumaßnahmen, die starke Eingriffe in die Naturschutzgebiete an Ilz und oberer Moldau bedeuten würden. Dazu ist mit diesen Maßnahmen wohl nicht vor dem nächsten Jahrtausend zu rechnen. Für die Anwohner der B 12 also kein Trost, eher eine Vertröstung!

Helmut Lehrmann

# Prachtvolle Leebmann-Villa vom Abriß bedroht

Wieder einmal soll der Denkmalschutz retten, was Stadtplaner versäumt haben. Diesmal geht es um das als Leebmann- oder auch Lenck-Villa bekannte Haus in der Kapuzinerstraße. Das Haus wurde in den zwanziger Jahren für die Direktoren der gegenüberliegenden Porzellanfabrik Lenck (später Aelteste Volkstedter) erbaut. Zuletzt befand es sich im

Besitz der Brüder Egon und Elmar Leebmann. Als in der Familie kein Interesse mehr an der hochherrschaftlichen Villa bestand, wurde sie vor etwa zwei Jahren an die Betreiber der dieser Tage eröffneten Reha-Klinik verkauft.

Entgegen zunächst geäußerten Absichten legten diese der Stadt zu Beginn dieses Jahres eine Bauvor-

anfrage auf Abriß und Ersatzbebauung vor. Demnach sind auf dem Gelände inmitten lichter Bebauung an dieser Stelle der Straße 48 Appartements in zwei zweigeschossigen Gebäuden samt Tiefgarage und Stellplätzen geplant. Dieser Bebauung müßte neben der Villa auch eine Rotbuche und der einzige Passauer Porzellanbrunnen weichen, der von Ernst Derra und Erich Böhm entworfen und von Matthias Angerer in der Porzellanfabrik gegossen wurde.

Das FORUM hat beantragt, die Leebmann-Villa unter Denkmalschutz zu stellen. Barbara Slamal vom Landesamt für Denkmalpflege zeigte sich bei einem Ortstermin Ende März von der Grundrißgestalt des Hauses sehr angetan. Doch die Geschichte des Hauses und die baulichen Veränderungen in seinem Innern müssen ebenfalls in die Waagschale geworfen werden. Bis Mitte Juli hatte sich Barbara Slamal noch zu keiner Entscheidung durchdringen können. Auf telefonische Nachfragen vertröstete sie auf Ende des Monats.

Kann das Landesamt – wie im Fall Beiderwies – nicht auf Denkmalwürdigkeit erkennen, wird die Stadtverwaltung den Abriß eines weiteren Teils Alt-Passaus zu verantworten haben, weil nicht rechtzeitig angemessene Richtlinien zum Erhalt des Stadtbildes vorgelegt wurden.

gr



Die hochherrschaftliche "Lenckvilla" erinnert an die bedeutende Porzellanfabrik in der Innenstadt. Ein solches Haus darf nicht der Spitzhacke zum Opfer fallen.

## Georg Höltls "Rotel Inn" am Donauufer

### Zensuren für Architekturen

Es ist nicht auszuschließen, daß auf der Hacklberger Auffahrt zur Schanzlbrücke demnächst einige Auffahrunfälle passieren werden: der riesige auf der gegenüberliegenden Donauseite gefesselt erscheinende Gulliver zieht die Aufmerksamkeit mancher Autofahrer auf sich. Auffallend ist er schon, nicht nur der leuchtenden roten und blauen Farbgebung wegen, der Koloß des "Schlafenden Mannes" vom "Rotel Inn".

Die "sprechende" Architektur der neuen Hotelkonzeption des Unternehmers Höttl ist ein Zeichen in mancherlei Hinsicht, verweist auf die Hotelnutzung und läßt mal auch eine Idee des sendungsbewußten Georg Höttl – als das wirtschaftlich "schlafende" Europa interpretieren.

Die Form ist sicher einmalig. So sollte es auch sein, allein der Werbung wegen.

Auch für Passau ist dieses Bauwerk sicherlich eine Attraktion. Trotz manch kritischer Stimme aus den Reihen der Bevölkerung, die Neuem gegenüber skeptisch sind, kann es an dieser Stelle der Stadt im Umfeld von Bahnhof und Parkhäusern keineswegs als störend empfunden werden. Ich frage mich aber nur, warum z.B. der "Kopf" mit seinem Profil nicht noch etwas mehr stilisiert werden konnte oder warum im Inneren einige Elemente gar so modernistisch gestaltet werden mußten. Das sind Zugeständnisse an einen Zeitgeschmack, die sicher bald wieder überholt sein dürften. Demgegenüber stehen allerdings sehr viele mit

großer Sorgfalt ausgeführte Details. Nicht zu übersehen auch die wirklich durchdacht geplanten Funktionsbereiche, die ablesbar am Äußeren der Lage des Baues entsprechend zugeordnet wurden: Wirtschaftsräume und Naßzellen zur stark befahrenen Straße hin, die Schlafkabinen und die Cafeteria mit schöner Aussicht zum Flußufer. Originell, zweckmäßig und erfrischend hell die Ausstattung der Räume. Unter dem Strich eine hervorragende Idee, zu der man gratulieren kann. Es ist zu wünschen, daß diesem Konzept Erfolg beschieden bleibt.

Fazit: ungewöhnlich, einfallsreich und an dieser Stelle das Stadtbild nicht störend (+2)

Peter Zieske

# Römerkastell Boiodurum gerettet

Im Mai hat der Stadtrat in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen, das sogenannte Deml-Grundstück in der Innstadt zu erwerben. Die Stadt hat nun die Chance, eines ihrer bedeutendsten Bodendenkmäler - das Römerkastell Boiodurum - zu erhalten.

Boiodurum, das ältere der beiden in der Innstadt entdeckten Römerkastelle, wurde etwa 90 nach Christus gegründet und bei den Germaneneinfällen im 3. Viertel des 3. Jahrhunderts zerstört. Erste Untersuchungen des Kastells fanden bereits zu Anfang des Jahrhunderts und im Jahr 1955 statt. Weitere Detailbeobachtungen wurden 1986 bei Ausschachtungen für einen Leitungsgraben gemacht. Man hofft bei Ausgrabungen vor allem auf Mannschafts- und Offiziersunterkünfte zu treffen. Außerdem sind Funde aus der Latenezeit (2. bis 1. Jahrhundert vor Christus) und dem frühen Mittelalter zu erwarten.

Doch das Kastell soll vorerst im Erdreich verbleiben. "Eine vernünftige wissenschaftliche Ausgrabung", schätzt Stadtarchäologe Dr. Jörg-Peter Niemeier, "würde etwa 10 Jahre Grabungszeit benötigen."

Da die Stadt als Eigentümerin den Zeitpunkt einer Ausgrabung selbst bestimmen kann und auf die Stadtarchäologie zur Zeit dringlichere Aufgaben warten, erhält eine spätere Generation von Archäologen die Möglichkeit, das Römerkastell nach ihren neuesten Erkenntnissen auszuwerten.

Inzwischen ist die Diskussion über die Nutzung der Bodenoberfläche im Gange. Die Innstadt-SPD beantragte eine Grünfläche mit Spielmöglichkeiten für Kleinkinder über dem Kastell zu errichten, die CSU möchte einen Parkplatz. Stadtrat Konrad Barth (CSU) begründete den ersten Antrag wie folgt: "Mit Blick auf das nahe Squash-Center und die neu entstandene Klinik am Jesuitenschlossl könnte der in diesem Bereich berson-

ders rasch angewachsene Parkdruck nachhaltig entlastet werden". Eine Grünanlage lehnt die CSU mit der Begründung ab, daß Altlasten im Boden seien. Hierzu stellt der Bericht zur orientierenden Bodenuntersuchung, die im November 1992 durchgeführt worden ist, fest, daß ein Schadenszentrum im Bereich der Betriebstankstellen und der früher aufgestellten oberirdischen Dieseltanks vorliegt. Dabei werden allerdings keine Grenzwerte erreicht, die eine Sanierung dringlich machen. Das Schadstoffrückhaltevermögen des Bodens wird als gut bis mittel bewertet. Damit bleibt die Grünanlage weiterhin im Gespräch. Ein weiterer Vorschlag der CSU, einen Park- und Ride-Platz auf dem Gelände zu errichten, scheiterte an der Größe

und Lage des Grundstücks, er wurde inzwischen auch zurückgezogen.

Der letzte Stand der Dinge: Der Platz soll während der Bauarbeiten zur Quartiergarage in der Jahnstraße als Ersatzparkplatz für Anwohner genutzt werden. Danach steht - laut Auskunft der Verwaltung - einer Begrünung nichts mehr im Wege.

B.H.



Nachdem es lange Zeit als Bauruine vor sich hin gammelte, macht die Sanierung des Jesuitenschlossels in der Innstadt nun Fortschritte. Es dient jetzt als Aushängeschild der gleichnamigen Reha-Klinik.

## Kommentar

Grundsätzlich kann man dem Stadtrat zu dieser zukunftsorientierten Entscheidung nur gratulieren. Der Kauf eines Grundstückes durch die Stadt zur Erhaltung eines Bodendenkmals hat in Bayern Vorbildcharakter. Es ist eine Investition für zukünftige Generationen, auch wenn man auf dem Grundstück zur Zeit "nichts" sieht. Gegen solche - in Passau nicht häufigen - vorausschauenden Entscheidungen Sturm zu laufen, zeugt von politischer Kurzsichtigkeit - noch dazu, wo die Belastung des Grundstückes nach dem Untersuchungsbericht vom November 92 minimal ist!

Beate Herbrig

## Bürgerinitiative - L(i)ebenswerte Innstadt

In Mitleidenschaft gezogen durch die vermehrte Bautätigkeit und das massierte Verkehrsaufkommen, schlossen sich die Innstädter zur Bürgerinitiative L(I)EBENSWERTE INNSTADT zusammen. Bisher fanden drei Bürgerversammlungen statt. Wie viele ungelöste und drängende Probleme in diesem Stadtteil anstehen, konnte man an der regen Beteiligung sehen. Einige Anliegen wurden an den Oberbürgermeister als Fragenkatalog weitergeleitet. Die zentralen Punkte sind:

- **Verringerung des Schwerlastverkehrs**, insbesondere sollen in Zukunft Ausnahmegenehmigungen nur für einzelne Fahrzeuge und nicht für Firmen ausgestellt werden;

- **Begrenzung von Baugenehmigungen**, ausgenommen Ein- und Zweifamilienhäuser; Erstellung eines Bebauungsplanes;

- **Kein Parkhaus** - jedoch Befürwortung eines neuen Feuerwehrhauses; in dem geplanten Parkhaus mit insgesamt 124 Stellplätzen, sollen die Hälfte als Anlieger- und Kurzzeitparkplätze ausgewiesen werden. Da ein Parkhaus jedoch unweigerlich noch mehr Verkehr anzieht, werden alternative Lösungen vorgeschlagen:

- Umwandlung aller öffentlichen Parkplätze im Innstadt-Innenbereich in Anwohner- und Kurzzeitparkplätze.

- Ausreichend Park- und Ride-Parkplätze an den Stadträndern der Innstadt, kombiniert mit einem 10 Minuten-Takt im öffentlichen Personennahverkehr.

Die Antwort des Oberbürgermeisters zu den o. g. Forderungen beinhaltet sinngemäß folgendes:

Die Möglichkeit der Reduzierung des grenzüberschreitenden Schwerlastverkehrs soll in Zusammenarbeit mit der Grenzpolizei und dem Zollamt besprochen werden. Insgesamt erwarte man sich von einer Änderung der Genehmigungspraxis für Ausnahmegenehmigungen nur eine geringfügige Entlastung. Am Bau des Parkhauses wird festgehalten. Bebauungspläne mit Veränderungssperre für das Linden- und Mühlthal sind in Auftrag gegeben. Ein Bebauungsplan für die gesamte Innstadt ist nicht vorgesehen. Die Erhaltung des Postamtes in der Innstadt wird energisch befürwortet. Die Termine für die Treffen der Bürgerinitiative werden in der Presse bekanntgegeben.

M.-L. Kümmerl

# Planerische Illusion oder städtebauliche Chance?

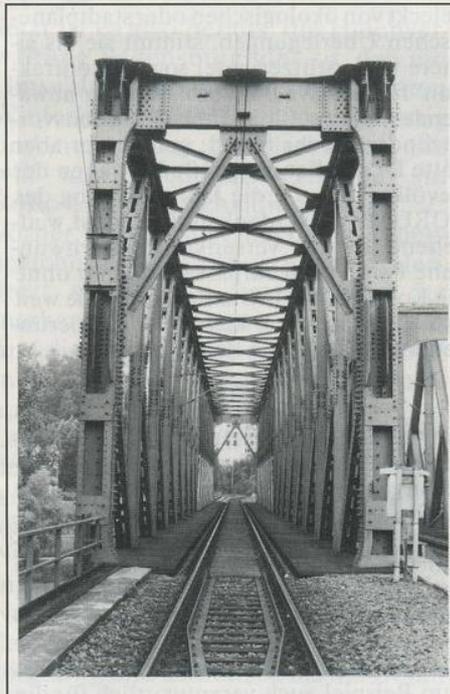
Würden all die Vorstellungen verwirklicht, die von den Parteien vorgetragen wurden, so wäre das Bundeswehrgelände bereits heute zu klein. Das Gelände sollte unserer Meinung nach nicht als Ersatz für alte städtebaulichen Fehlentwicklungen dienen, da sonst wieder nur Stückwerk dabei herauskommen kann.

Die Stadtplanung der Nachkriegszeit stand unter dem Einfluß von Le Corbusier, der eine Aufteilung des städtischen Raums in die Spezialbereiche Wohnen, Arbeiten, Erholen und Verkehr forderte. Dies führte zu einer Zwangsmobilität mit Schlafstädten am Stadtrand und im Umland und einer toten Innenstadt am Abend und am Wochenende. Von rund 36000 Beschäftigten in Passau kommen etwa 16000 Einpendler aus dem Umland. Soll Passau also noch Flächen des Bundeswehrgeländes für Gewerbebetriebe opfern? Wir meinen nein! 16000 Einpendler beanspruchen Verkehrsraum, Parkplätze und auch Kindergartenplätze, d.h. die Lebensqualität für Passaus Bürger sinkt. Ziel jeder Stadtpolitik muß aber eine Steigerung, keine Senkung der Lebensqualität für die Bürger sein.

Viele ehemalige Passauer haben in den letzten Jahren Passau den Rücken gekehrt, weil kein preisgünstiges Bauland zur Verfügung stand oder die Mieten zu stark gestiegen sind. Um diese Entwicklung zu bremsen, muß der Großteil des Bundeswehrgeländes für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt bzw. als Vorratsfläche behalten werden. Dabei könnten Mustersiedlungen geschaffen werden, die weit über Passau hinaus Maßstäbe setzen:

Vorzuziehen ist eine Atriumbebauung mit dem Garten im

Haus, da bei Einzelhäusern der 5-7fache Landschaftsverbrauch erforderlich ist. Ferner zeigen Untersuchungen, daß Atriumhäuser durch den nicht einsehbaren Innenhof intensiver genutzt werden; man muß am Wochenende nicht unbedingt aufs Land fahren, um sich zu erholen. Eine verdichtete Bebauung ermöglicht selbstverständlich



*Eine Entlastung für die Lederergasse wäre ein Rad- und Fußweg über die Eisenbahnbrücke. Leider stellt sich die Bundesbahn gegen diese Baumaßnahme, die nicht nur das Studentenheim Hamberg direkt an die Universität anbinden würde.*

auch eine gute Busanbindung im 10-15 Minutentakt, da genügend Wohnbevölkerung vorhanden ist.

Wenn immer wieder auf die notwendigen Gewerbesteuererinnahmen verwiesen wird, so ist zu sagen, daß die Wohnbevölkerung durch den städtischen Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer kontinuierlich den Stadtsäckel füllt. Das Beispiel Zahnradfabrik dagegen zeigt, wie schnell bei den Gewerbesteuerzahlungen Einbrüche vorkommen.

Die Sportanlagen des Bundeswehrgeländes sollten erhalten bleiben und durch eine Eislaufhalle zu einem richtigen Sportzentrum aufgewertet werden. Die Finanzierung hätte durch Leasing bzw. private Investoren zu erfolgen. Der diskutierte Abriß ist eine sinnlose Verschleuderung von Steuergeldern. Die großen Freiflächen im vorderen Bereich bieten sich – ähnlich wie der Hagen in Straubing – für Dulten, Messen und Großveranstaltungen an. Wie wir erfahren konnten, könnte sich auch die AFAG mit einer Verlagerung der Frühjahrsmesse anfreunden. Der Exerzierplatz kann dann intensiv bepflanzt werden und stellt für die Anlieger und Busfahrgäste keinen Alptraum mehr da; er wird grüne Lunge der Stadt. Der von der Kirche St. Peter geäußerte Wunsch, ein eigenes Grundstück für einen Friedhof zu erhalten, ist städtebaulich sinnvoll. Dadurch könnte ein Ruhebereich zwischen der Wohnbebauung und den anderen Nutzungen hergestellt werden.

Die bestehenden Gebäude der Bundeswehr könnten nach der auf 5 Jahre beschränkten Nutzung als Asylantenlager, als gemischtes Wohngebiet von Kleingewerbetreibenden mit langfristigen Mietverträgen genutzt werden. Dadurch wird verhindert, daß sich Betriebe für die Auslagerung von der Stadt subventionierte Grundstücke beschaffen und die freigewordenen Grundstücke im Stadttinneren teuer verkaufen. Gleichzeitig könnte über die Mietverträge sichergestellt werden, daß sich die Umweltbelastungen im Rahmen der gemischten Wohnnutzung bewegen.

# PERSONEN UND KONFLIKTE

Un glaublichkeit warf Stadtrat **Siegfried Heindl** (CSU) dem Umweltamt vor, als dieses sich gegen die Erweiterung des Tennisplatzes in Neustift aussprach, weil damit ein Teil des angrenzenden Biotops verloren gingen. Sein Argument "Da wachsen doch nur einige ältere Eichen; dies ist nur primitiver Anflug". **Heindl** bewies dadurch seine Unwissenheit: Auf Eichen wurden schon 200 Insektenarten gefunden. Interessant ist auch, daß der Stadtrat seine heimatliche Natur für "primitiv" hält. Offenbar liebt er nur das Besondere. Was er damit meint, bleibt sein Geheimnis; sicher ist dagegen, daß sein Naturverständnis wohl eher etwas schlicht zu sein scheint.

Ein eigenartiges Rechtsbewußtsein des Bauausschusses kam zutage, als er einen Beschluß der Verwaltung ablehnte, eine ohne Genehmigung im Außenbereich gebaute Hütte im Scharbachtal zu beseitigen. Stadtrat **Josef Reischl** (CSU): "Die stört überhaupt nicht". Stadtrat **Hans Öller** (SPD): "So fördert man die Staatsverdrossenheit". Dabei befindet sich die Hütte in einer Biotopfläche, die wegen ihrer Qualität als Landschaftsbestandteil vorgeschlagen ist. Daß man glaubt, das Rechtsbewußtsein der Bürger zu stärken, indem man unrechtes Handeln durch den Stadtrat absegnet, offenbart ein bedenkliches Staatsverständnis der Stadträte; zumal die Eigentümerin der besagten Fläche die Stadt selbst ist.

Vehement stemmte sich Stadtrat **Alois Feuerer** (FWG) gegen einen neuen Bebauungsplan in der Innstadt an der Ecke Schärdinger Straße/Muffatstraße im ehemaligen Außenbereich, da die Innstadt bereits mit Verkehr überlastet sei. Diesem Argument konnten sich leider nur **Max Lindinger** (Grüne) und **Urban Mangold** (ÖDP) anschließen.

Bis auf **OB Willi Schmöllner** sprach sich die Stadtratsfraktion der SPD für den Unterschutzstellungsvorschlag des Umweltamtes für die Orchideenwiese in Zieglreuth aus. Auch die Stadträte der FWG, der Grünen der ÖDP und der Studenten sowie Stadtrat **Anton Jungwirth** (FDP) stimmten für diesen Vorschlag. Dies war nicht nur ein positiver Beitrag zum Schutz

der Umwelt, sondern auch zum Erhalt des Stadtbilds, denn schon der Landschaftsplaner **Prof. Grebe** hatte bei der Aufstellung des Flächennutzungsplans gefordert, aus Gründen des Stadtbildes den Hang zwischen Zieglreuth und Witzmannsberg von jeder Bebauung freizuhalten. Bedauerlicherweise konnten sie sich dennoch nicht gegen eine Mehrheit aus Unwissenheit und Desinteresse durchsetzen.

**Ingrid Splitgerber**, Stadträtin der FDP und Mitglied des Bauausschusses, gelingt es zusehends, das von **Dr. Max Stadler** aufgebaute "passauerische Erscheinungsbild" der kleinen Partei zu ruinieren. Unbeleckt von ökologischen oder stadtplanerischen Überlegungen, stimmt sie als sichere Unterstützerin der sog. "Betonfraktion" für massive Bauvorhaben. Die abwägende, offene Linie ihres Fraktionsvorsitzenden ist ihr fremd; gerade der aber hatte **Dr. Stadler** das große Vertrauen der Bevölkerung und die Unterstützung des FORUMS zu verdanken. Die sonst weitgehend in der Versenkung verschwundene Partei muß aufpassen, daß ihr ohne die Kompetenz **Dr. Stadlers** nicht die weit aktiveren anderen kleinen Gruppierungen im Stadtrat den Rang ablaufen.

Bildhauer **Leopold Hafner** hat mit den kitschigen "Germanenbrunnen" für die Nibelungenpassage seinen Kritikern neuen Stoff geliefert. Viele bemängeln schon länger, daß Herr Hafner das Privileg hat, Veränderungen am Jahrhundertbauwerk des Passauer Doms zu gestalten. Der wegen seiner Vorliebe für unmotiviert z.B. an Dächern angebrachten kleinen Kugeln auch "Knödelhafner" genannte Künstler ist zum Beispiel auch verantwortlich für die Überdachung des ehemaligen Domkreuzganges.

Versiegelt ist nun der Domhof. Nicht nur das FORUM hatte hier vehement eine grüne Oase gefordert, die nach dem Vorbild anderer Kreuzgänge gestaltet wird. Auf Anfrage teilte Domkapitular **Franz Gabriel** mit, diese Pflasterung sei "aus liturgischen Gründen" notwendig. Es bleibt das Geheimnis des Ordinariats, welche Veranstaltungen nicht genauso gut auf dem autofreien Domplatz, direkt vor der

eindrucksvollen Westfassade des Doms, durchgeführt werden können.

Landrat **Hanns Dorfner** läßt noch immer Autos auf dem Vorplatz des Landratsamtes parken, obwohl die Baumaßnahmen in der Tiefgarage längst abgeschlossen sind. Dorfner zeigt damit einmal mehr, daß ihm das Erscheinungsbild der Stadt, in der er mit seinem Amt doch auch Gast ist, ziemlich egal ist. Diese Einstellung läßt für die Zukunft Schlimmes erwarten: das Landratsamt will in der Altstadt erweitern. Die "Pindlschule" ist angeblich bereit, ihr Gebäude zu veräußern. Man kann nur hoffen, daß die historischen Domherrenhöfe dann nicht durch eine Ämtererweiterung in Mitleidenschaft gezogen werden.

**Hans Schwarzfischer**, Passauer Stadtplaner, zeigt erfreuliches Profil: Nicht nur vertrat er vehement die Klagen der Verwaltung über die sehr ärgerlichen Vorfälle bei der "Sanierung" der Pfaffengasse 7, auch der schwarzgebaute Wintergarten in der Rosengasse - vom Volksmund schon nach dem Bauherrn "Vornlocheraquarium" genannt, - muß entfernt werden. Da ist es nur schade, daß er sich mit dem städtebaulich vernünftigen Vorschlag, das Parkhaus am Güterbahnhof nicht aufzustocken, nicht durchsetzen konnte. Auch das FORUM hält einen überdimensionierten, Verkehr anziehenden Klotz an dieser Stelle für falsch.

Das "Squash Center" in der Innstadt zieht um. Der Betrieb, der wegen zu weniger Parkplätze besonders abends den Unmut vieler Innstädter auf sich gezogen hat, will nach Auerbach, in die Nähe von Mediamarkt und Siemens gehen.

Dem Ordnungsamt wurde kürzlich förmlicher Beschlußvorschlag vorgelegt: Das Tiefbauamt wird beauftragt, entlang des innstadtbahnhofweges eine Grünfläche auf einer Länge von rund 30 Metern zu beseitigen, um somit rund 15 Parkplätze zu schaffen, die für Anwohner reserviert werden. Damit soll eine der wenigen Grün- und Erholungsflächen in der Innstadt beseitigt werden. Wir sind der Meinung, daß gerade das städtebaulich empfindliche Innufer möglichst vom Autoverkehr frei gehalten werden soll. Außerdem ist die Zu- und Abfahrt zum Innstadtbahnhofweg bereits für die bestehenden Parkplätze ungenügend.

Die Stadt plant Ecke Schärdinger Straße/Muffatstraße ein Baugebiet, das ca. 20 neue Wohneinheiten umfassen soll. Diese massive Bebauung liegt im Außengebiet, erhöht den Innstadtverkehr und stellt eine Gefahr für die als Naturdenkmal geschützte Allee dar. Hier nützen dem Besitzer, dem Passauer Gastronomen und Immobilienhändler **Bernd Rose**, wohl auch seine guten Beziehungen zu **OB Willi Schmöllner**.